

Neuköllner Rundschau

kompakt

für Britz, Buckow, Gropiusstadt, Rudow und Nord-Neukölln



CDU NEUKÖLLN



Stefanie Vogelsang
stellv. Landesvorsitzende CDU Berlin,
stellv. Bürgermeisterin Neukölln

Liebe Bürgerinnen,
liebe Bürger,

an diesem Wochenende kön-

nen Sie nochmals Samstag wie Sonntag in unsere Bürgerämter gehen, um das Volksbegehren für die Offenhaltung des Flughafens Tempelhof zu unterstützen.

Geöffnet haben alle unsere Bürgerämter in der Zeit von 10:00 bis 16:00 Uhr.

Sie können hier Ihre Meinung deutlich machen und damit das ehrenamtliche Engagement der Bürgerinitiative für den Erhalt dieses einzigartigen und wichtigen innerstädtischen Flughafens unterstützen. Es ist schon fatal, welche riesige Lücke zwischen den schönen Worten der SPD und ihrem tatsächlichen Handeln klaffen. Die

Berücksichtigung des Bürgerwillens wird überall gefordert und versprochen, aber nur so lange es in den eigenen Kram passt. So ist es bei allen wichtigen Themen und Entscheidungen.

Schön formulierte Sätze wie bei der Lehrerausstattung der Schulen, der Kinderärzte für den Kinderschutz oder der Polizisten für unsere Sicherheit und und und. Diese Liste ließe sich beliebig verlängern, aber es passiert nichts. Das Regieren des Senats ist eine reine Alibi-Politik. Letztendlich sitzt dort niemand, dem die Lebensqualität von uns Bürgern

wirklich am Herzen liegt. Ich bitte Sie herzlich, diesen Senat nicht nach seinen Worten, sondern nach seinem tatsächlichen Handeln zu beurteilen. Und, wenn Sie wie ich der Meinung sind, dass dieser Flughafen offenbleiben soll, dann dokumentieren Sie Ihre Meinung mit Ihrer Unterschrift. Jetzt.

Es grüßt Sie herzlich

Stefanie Vogelsang

CDU fordert: Grundschulen nicht zur Altersmischung zwingen

Die derzeit vom rot-roten Senat geplante flächendeckende Einführung des jahrgangsübergreifenden Unterrichts in den ersten beiden Grundschulklassen wird möglicherweise doch nicht im Herbst in Kraft treten.

Auf Grund zahlreicher anhaltender und entschiedener Proteste von zahlreichen Eltern und Lehrern gibt es seitens der Landesregierung überraschend erste Signale, die flexible Schuleingangsphase eventuell doch nicht zur Pflicht zu machen.

Auf Kritik stößt die geringe Fortbildung der Lehrer. Viele fühlen sich schlicht mit der Unterrichtung Fünfeinhalbjähriger und Achtjähriger zusammen überfordert, außerdem gibt es viel zu wenig zur Verfügung stehendes Personal und zum Teil mangelt es auch an Räumlichkeiten. Hier in Neukölln haben sich Ende des letzten Jahres 28

der 39 Grundschulen gegen die Einführung der flexiblen Schulanfangsphase ausgesprochen. Damit steht eines der größten Reformprojekte der rot-roten Bildungspolitik neben der Einheitsschule zur Disposition. Ausgelöst wurde die neue Debatte durch Brandbriefe sowohl von Lehrern als auch von Elternvertretern. Nun gibt es ein überraschend klares Ergebnis einer Umfrage des bildungspolitischen Sprechers der CDU-Fraktion Sascha Steuer unter allen Berliner Grundschulen.

Eine Initiative hat sich gegründet, die auf ihrer Internetseite www.jahrgangsmischung.de fordert, jede Schule solle selber frei entscheiden können, ob sie die flexible Schuleingangsphase einführen würde, oder nicht.

Genau dies ist seit langem die Forderung der CDU. Nun kann sie sich hierbei vor allem auf die von ihrem bildungspoliti-

schen Sprecher Sascha Steuer initiierte Umfrage stützen.

Antwort erhielt der Neuköllner Abgeordnete Sascha Steuer von 95 Einrichtungen, was etwa einem Viertel aller öffentlichen Grundschulen in Berlin entspricht. „81 von ihnen (85%) wollen, dass die Altersmischung nur freiwillig eingeführt wird“. 56 Schulen forderten außerdem mehr Räumlichkeiten, Personal und Fortbildung, um die Reform umsetzen zu können. „Die Schulen sollten selbst entscheiden können, wann sie sich reif dafür fühlen“. Besonders das Fortbildungsangebot des Senats für jahrgangsübergreifenden Unterricht sei völlig unzureichend gewesen, sagte Steuer. „Das muss dringend ausgeweitet werden.“ Klar ist heute auch bereits: So einfach lassen sich die Berliner Grundschulen, Lehrer und Eltern nicht zur Altersmischung zwingen. Bereits im vergangenen Jahr

hatte Sascha Steuer Druck gemacht und sich vom Bildungssenator schwarz auf weiß bestätigen lassen, dass 54% der Schulen sich offiziell für ein Jahr zurückgestellt hatten, aber noch mehr Schulen den Stichtag zur Rückstellung verpasst hatten.



Sascha Steuer, MdB
Bildungspolitischer Sprecher der
CDU-Fraktion Berlin,
Rudower Abgeordneter

„Schulen sollen entscheiden“

Tempelhof retten - Ihre Stimme zählt



Liebe Neuköllnerinnen und Neuköllner,

Am 15.10. 2007 war ich mit meiner Frau Sibylle im Rathaus Schöneberg und habe mit Hunderten von Bürgern zu Beginn des Volksbegehrens für den Erhalt des Flughafens Tempelhof gestimmt. Bis zum 14. Februar 2008 müssen mindestens 170.000 Stimmen erreicht werden. Ein klares Votum der Bürger könnte Wowereit nicht ignorieren! Ich habe mich vom ersten Tag meines Engagements in der Berliner Landespolitik für Tempelhof eingesetzt. Ich bin hier 1967 das erste Mal gelandet, als 12-jähriger Junge besuchte ich mit meiner Mut-

ter eine Tante. Wir flogen ab Hannover mit Pan Am. Der Flughafen bedeutet so viel für die Stadt, ja für das ganze Land. Ohne ihn hätte es 1948 keine Luftbrücke der West-Alliierten für die von den Sowjets blockierte Stadt gegeben! Insgesamt sind es fünf Gründe, die für mich ausschlaggebend sind:

1. Tempelhof ist ein entscheidender Standortvorteil! Berlin steht in Sachen Wirtschaftsansiedlung im starken Konkurrenzkampf mit anderen europäischen Metropolen. Sie alle beneiden uns um den Standortvorteil eines City-Airports. Das Signal der Schließung von Tempelhof wäre: Diese Stadt glaubt

nicht an ihre Zukunft. Tempelhof muss als Flughafen erhalten bleiben – Berlin kann es sich als wirtschaftliches Schlusslicht in Deutschland nicht leisten, auf diesen Wettbewerbsvorteil zu verzichten.

2. Tempelhof schafft 1000 neue Arbeitsplätze und neue Kaufkraft! Die amerikanischen Investoren Lauder und Langhammer wollen am Flughafen Tempelhof - in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn - ein Gesundheitszentrum mit eingeschränktem Flugverkehr für Geschäftsflieger errichten. Dadurch würden in Berlin 1000 neue Arbeitsplätze und neue Kaufkraft geschaffen werden. Berlin kann es sich bei seiner hohen Arbeitslosenquote nicht leisten, auf neue Jobs zu verzichten.

3. Tempelhof entlastet den neuen Großflughafen BBI! Bereits heute wissen wir, dass der neue Großflughafen BBI schon bei seiner Eröffnung an die Grenzen seiner Kapazität stoßen wird. Berlin kann es sich bei diesen Kapazitätsproblemen nicht leisten, Tempelhof zu schließen.

4. Tempelhof-Schließung kostet Millionen! Die Schließung des Flughafens Tempelhof würde

den Steuerzahler 25 Millionen EUR kosten, bei gleichzeitiger Vernichtung von über 300 Arbeitsplätzen. Die öffentliche Hand würde auf der denkmalgeschützten Immobilie sitzen bleiben, was jährlich über 10 Millionen EUR kostet. Bis heute gibt es kein seriöses Nachnutzungskonzept, welches ohne die Option Flugverkehr auskommt. Berlin kann es sich bei 60 Milliarden EUR Schulden nicht leisten, Millionen zu verschleudern!

5. Tempelhof ist für Berlin mehr als ein Flughafen! Der Flughafen Tempelhof ist für viele Berlinerinnen und Berliner immer mehr gewesen als ein Flughafen. Seit der Berliner Luftbrücke ist der Flughafen weltweit ein Symbol für Freiheit und Solidarität. Damals ging es um das Überleben der Menschen - heute geht es um das wirtschaftliche Überleben Berlins. Tempelhof muss als Flughafen erhalten bleiben. Berlin kann es sich nicht leisten, mit einem nationalen Freiheitssymbol so geschichtsvergessen umzugehen.

Mit freundlichen Grüßen,
Ihr

Friedbert Pflüger

Arbeitsmarktpolitik des Senats gescheitert - Keine Entlastung für Neukölln

Nach den Informationen der Arbeitsagentur für Berlin-Brandenburg sollen Berlins Arbeitslosen im Jahr 2008 erheblich mehr Mittel als im abgelaufenen Jahr 2007 zur Verfügung stehen. Danach bekäme zum Beispiel das Jobcenter in Neukölln im Jahr 2008 ca. 11 Mio. Euro mehr als im Vorjahr. Diese erfreuliche Mitteilung hat leider eine Kehrseite. Diese Mittel können nicht wie geplant in Qualifizierungsmaßnahmen investiert werden. Viele Kunden des Jobcenters Neukölln sind für die angebotenen Qualifizierungsmaßnahmen ungeeignet. Sie müssen erst durch sogenann-

te Vorab-Qualifizierungen für eine solche Maßnahme fit gemacht werden. „Ziel muss es daher doch sein, diese Mittel für arbeitslose Menschen zu verwenden, die damit auch eine Chance haben auf dem Arbeitsmarkt voran zu kommen“, fordert die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion Marion Kroll. „Hier muss und kann der Senat Verantwortung übernehmen, indem er flexibel reagiert und den Schwerpunkt seiner Arbeitsmarktpolitik auf Weiterbildung- und Arbeitsbeschaffungsmassnahmen legt. Viele nicht qualifizierte Hartz IV Empfänger könnten dadurch nachhaltig auf den ers-

ten Arbeitsmarkt vorbereitet werden. Damit wäre diesen Menschen mehr geholfen, als durch die jetzigen Pläne des Senats. In diesem haben die Betroffenen nur die Perspektive, als Dauersubventionsempfänger in dem seit mehr als einem Jahr geplanten Öffentlichen Beschäftigungssektor (ÖBS) zu -parken-“, meint die Neuköllner Abgeordnete weiter. Der Senat solle sich deshalb im Sinne der Betroffenen auf das Machbare konzentrieren und seine für die Arbeitsmarktpolitik vorgesehenen Gelder da investieren, wo sie auch den meisten Effekt bringen würden. „Und das ist nun einmal die Qualifi-

kation der Arbeitslosenhilfempfeänger für den ersten Arbeitsmarkt“, so Marion Kroll.



Marion Kroll, MdB
Arbeitsmarktpolitische
Sprecherin der CDU-Fraktion Berlin,
Gropiusstadt Abgeordnete

Bei Rot-Rot knirscht es mächtig im Gebäk



Dr. Robbin Juhnke, MDA
Stadtentwicklungspolitischer
Sprecher der CDU-Fraktion Berlin,
Buckower Abgeordneter

Immer wieder kommt es zu Unstimmigkeiten zwischen den Politikern der SPD und der Linken, wenn es sich um Bau- und Planungsthemen handelt. Dabei sollten diese eigentlich an einem Strang ziehen, denn beide sind schließlich die Parteien, die in Berlin die Regierung stellen. Jüngstes Beispiel ist der unfertige Mauerpark im Bezirk Mitte. Der zuständige SPD-Stadtrat möchte einen Teil des Geländes in Bauland umwandeln, um aus dem Erlös die restliche Grünanlage realisieren zu können. Die Linke ist dagegen und hat massiven Widerstand angekündigt, da sie durch den potentiellen Bau der geplanten Stadtvillen den Zuzug von Reichen befürchtet, die das soziale Gefüge des Prenzlauer Berges durcheinanderbringen könnten! Beim Thema Abriss von Plattenbauten sieht die ehemalige SED das Andenken der DDR in Gefahr und lehnt sich gegen entsprechende Pläne der SPD-Senatorin auf. Ein offenes Geheimnis ist hingegen der Kulturkampf, den die Linken gegen das alte Berlin (West) und seine architektonischen Leuchttürme führen. So kann sich der linke Wirtschaftssenator seit längerem mit den Überlegungen der Messe Berlin anfreunden, das ICC abzureißen und durch einen schlicht-funktionalen Neubau zu ersetzen. Aus Sicht der

Messe mag das vielleicht angehen, da ihr das leicht defizitäre Kongresszentrum einen Verlust verursacht. Aber der Senat hat die Gesamtberliner Brille zu tragen, dann sieht die Rechnung anders aus: das ICC ist einer der erfolgreichsten Messe- und Kongressveranstalter der Welt! Seine Besucher bringen der Stadt Umsatz und Steuereinnahmen, die den leichten Betriebsverlust um ein Vielfaches ausgleichen. Bisher siegte bei der SPD-Stadtentwicklungssenatorin die Vernunft, und die Abrisspläne wurden nicht befürwortet. Aber ein klares Machtwort zugunsten des ICC durch den Regierenden Bürgermeister steht ebenfalls aus. Den Schaden hat das ICC und alle Berliner, denn durch das Zaudern werden künftige Messekunden verunsichert und gehen lieber woanders hin. Doch nicht nur zwischen den Koalitionspartnern, auch innerhalb der Parteien gibt es Krach, weil sich die Vertreter auf Landes- und Bezirksebene wieder nicht einigen können. Paradebeispiel ist die Entmachtung der Innenstadtbezirke durch den Senat. Die Senatorin behält sich künftig die Entscheidung über die Durchführung und Planung von Veranstaltungen auf einigen Berliner Plätzen vor. Ganz zum Leidwesen der eigenen SPD-Bezirkspolitiker in den betroffenen Bezirken Mitte und Charlottenburg-Wilmersdorf. Trotz einstimmiger Ablehnung durch den Rat der Bürgermeister bleibt der Senat bei seiner Haltung. Auch als es um einen Leitplan für die City West ging, veranlasste erst der massive Widerstand der SPD-Genossen im Bezirk ihre eigene Senatorin, dem Bezirk wenigstens ein Mitspracherecht bei der Gestaltung des betroffenen Areals rund um den Bahnhof Zoo zu gewähren. Die Strategie des Senats ist es hierbei offenbar, die Bezirke schleichend ihrer letzten Kompetenzen zu berauben und zu entmachten.

Juhnke: „Senat entmachtet die Bezirke schleichend“

Sichere Schulwege gefordert

CDU-Fraktion fordert sichere Schulwege für Kinder in Neukölln

Das Bezirksamt wird gebeten, sich dafür einzusetzen, dass bei geeigneten freien Trägern im Rahmen von Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung Schulbegleiterinnen und Schulbegleiter für die Sicherung der Schulwege eingesetzt werden.

Eine Überprüfung vor der Auswahl der Schulbegleiterinnen und Schulbegleiter soll die Zuverlässigkeit dieser Personen feststellen.

So schlicht liest sich mein Antrag aus der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln. Schlicht und einfach aber mit wichtigem Inhalt! Nichts ist wichtiger als die Zukunft unserer Kinder. Normalerweise wird diese in der Schule erworben, doch davor liegt der Weg dahin. Sichere Wege zur Bildungseinrichtung bereiten den Weg für eine selbstbestimmte Zukunft. Sichere Wege zeichnen sich durch Ampeln und geeignete Verkehrsübergänge aus. Doch nicht über-

all kann das gewährleistet werden. Hier setzt die von uns geforderte Schulbegleitung ein: Schülerbegleiter an unübersichtlichen Verkehrswegen, Schnellstrassen und anderen Gefährdungsbereichen. Ein kleiner Aufwand mit enormer Wirkung.

Anträge aus der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln:



Falko Liecke,
Fraktionsvorsitzender der CDU
in der BVV-Neukölln

CDU-Ball Neukölln 2007 wieder ein Erfolg!

Wie seit nunmehr zwölf Jahren guter Brauch, war auch in diesem Jahr das Hotel Estrel wieder Schauplatz des traditionellen Neuköllner CDU-Balles. Zu diesem großen gesellschaftlichen Ereignis versammelten sich weit über 500 Gäste aus Gesellschaft, Wirtschaft, Sport und Politik im festlich dekorierten Ballsaal des größten Hotel Deutschlands um in wunderbarer Atmosphäre eine rauschende Ballnacht zu feiern. Unter Ihnen auch der Fraktionsvorsitzende der Berliner CDU und Neuköllner Kreisvorstandsmitglied, Friedbert Pflüger, der neben der Neuköllner Kreisvorsitzenden und Stellv. Bezirksbürgermeisterin Frau Stefanie Vogelsang den Ball eröffnete. Die Veranstaltung näherte sich um Mitternacht ihrem Höhepunkt

als die Ausgabe der attraktiven Tombola-Gewinne erfolgte, zu deren gelingen Nicole Gollnick und Peter Mahlo beigetragen hatten. Die Band sorgte bis in die frühen Morgenstunden für eine tolle Stimmung und einer stets voll besetzten Tanzfläche.



Stefanie Vogelsang und
Sascha Steuer begrüßen die Gäste

Umweltzone ist gut gemeint - aber schlecht umgesetzt



Dr. Friedbert Pflüger, MDA
Oppositionsführer im Abgeordnetenhaus/
Britzer Abgeordneter

Die zum 1.1.2008 eingeführte Umweltzone ist gut gemeint, aber schlecht gemacht. So wie sie geplant wurde und umgesetzt wird führt sie ins Chaos. Vor allem aber drohen Pleiten

und Arbeitslosigkeit für Berliner Handwerker. Die Umweltzone richtet sich gegen die Feinstaubbelastung, die aber nur zu 16% von Berliner Autos kommt, die Diesel-LKW's sind nur für 4% des gemessenen Feinstaubes verantwortlich. Der größte Teil des Feinstaubes wird durch den Wind in die Innenstadt geblasen. Lohnt der Aufwand? Wir finden: Ja, aber es muss wirtschafts- und sozialverträglich gemacht werden! Deshalb unser Vorschlag:

Erstens. Beginn der Umweltzone zum 1. Januar 2008, wie geplant.

Zweitens. Neu angeschaffte Autos müssen ab dann die höchsten Standards erfüllen, für alle Altfahrzeuge gilt Bestandsschutz bis zum 1. Januar 2012.

Drittens. Ab dem 1. Januar 2012 müssen alle Autos in der Berliner Innenstadt die „grüne Plakette“ haben.

So werden vor allem kleinere Handwerksbetriebe, die nur wenige Mitarbeiter haben, geschützt. Dadurch, dass es im Gegensatz zum derzeitigen Modell keine Ausnahmegenehmigungen mehr gibt, werden die Bezirke von einem riesigen Bürokratiemonster und einer drohenden Klageflut befreit. Das Handwerk, der ADAC – sie alle könnten dann mit der Umweltzone leben! Herr Müller von der SPD hat teilweise erkannt, das einiges bei der Umweltzone falsch läuft und dafür Wirtschaftsminister Wolf bereits im Oktober in der Berliner Morgenpost scharf attackiert. Wir fordern von ihm einen Runden Tisch mit Vertretern

aus Politik, Wirtschaft, Handwerk und ADAC mit dem Ziel, die Umweltzone zu verbessern. Bereits jetzt erhalte ich verstärkte Klagen von Anwohnern aus Neukölln und insbesondere aus meinem Wahlkreis in Britz über Parkplatznot um die südliche Umweltzone, begleitet von „Wildparkern“, obwohl die Umweltzone noch relativ neu ist. Auch der Verkehr in diesem Bereich hat stark zugenommen. Hier müssten zusätzliche Parkflächen geschaffen werden um die Anwohner zu entlasten. In den anderen von der Umweltzone betroffenen Teilen der Stadt sieht es nicht besser aus. Der unter Druck geratene Senat versucht sich momentan durch eine Karenzzeit für alle PKW bis Anfang Februar Zeit zu verschaffen, erst dann werden Verstöße geahndet. Dann geht die Parkplatznot richtig los.

Diakonie Neukölln kauft Seniorenfreizeitstätte

In Folge eines Beschlusses der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung vom Juni 2005 ist im vergangenen November die weit über die Grenzen des Neuköllner Nordens hinaus bekannte Seniorenfreizeitstätte „Böhmisches Dorf“ vom Berliner Senat (Liegenschaftsfond) an die Diakonie Neukölln verkauft worden. Zur Zeit wird nun der Eigentumswechsel auch praktisch vollzogen. Die anfänglich mit dieser Nachricht verbundenen nicht geringen Ängste bei den bisherigen Nutzern, Seniorengruppen, dem Seniorenclub beim Bezirksamt und den sonstigen ehrenamtlichen Einrichtungen konnten rasch, und nachdem auch dem Bezirksamt in der vorweihnachtlichen Zeit vom Liegenschaftsfond die entsprechenden Informationen zur Kenntnis gereicht wurden, ausgeräumt werden. Unter Beteiligung des Sozialstadtrates Michael Büge (CDU) fand unverzüglich ein Treffen mit den Vertretern der bisherigen Hauptnutzer der Einrichtung sowie der Geschäfts-

führung des neuen Eigentümers statt. In diesem konnte die neue Geschäftsführung bestehende Gerüchte um die zukünftige Nutzung sowie damit verbundene Ängste der Anwesenden rasch ausräumen. Die Diakonie machte deutlich, dass sie ein großes Interesse an einer umfassenden Weiternutzung der Freizeitstätte gerade auch durch die bisherigen Nutzer habe. Dem Bezirk und den zum Teil für diesen seit Bestehen der Freizeitstätte engagierten Mitgliedern des „Clubs“ wurde zugesichert, dass die regelmäßigen Tanz- und Freizeitveranstaltungen weitergeführt werden können. Der für Seniorenfragen zuständige Bezirksstadtrat Michael Büge zeigte sich erleichtert darüber, dass die Verantwortlichen des neuen Eigentümers den Nutzern so rasch und mit ehrlichen Worten Planungssicherheit gegeben haben. Michael Büge hierzu: „Die Sozialpolitiker des Bezirks sind sich darin einig, dass mit dem Verkauf der Einrichtung für uns ein soziales Herzstück abgegeben werden muss. Auf der anderen Seite steht die Diakonie

seit Jahrzehnten als ein großer vertrauenswürdiger und glaubwürdiger Partner an der Seite des Bezirkes, um diesen in den sozialen Aufgabenfeldern des Bezirks zu unterstützen.“ Die bisherige Nutzung wird in den nächsten Monaten durch die Unterbringung einer Sozialstation der Diakonie in bisher nicht mehr oder kaum genutzten Räumlichkeiten der Freizeitstätte ergänzt.

Stimmen Sie jetzt für das Volksbegehren Tempelhof!
 W0: in allen Berliner Bürgerämtern!
 (Adressen: www.wahlen-berlin.de)
 WER: alle Berliner Wahlberechtigten ab 18 (Personalausweis nicht vergessen!)

Mehr Informationen:
 www.tsd.de
 www.wahlen-berlin.de
 Hotline: 030.69 51 33 17

KIT Dienstleistungszentrum City Support Tempelhof e.V.

Abstimmen für Tempelhof!

Bürgerämter Neukölln

Bürgeramt 1
Rathaus Neukölln
Eingang: Donaustraße 29
12040 Berlin
(U-Bhf. Rathaus Neukölln U7, BUS 104, 167)

Bürgeramt 2
Sonnallee 107, 12045 Berlin
(BUS M41, 104, 167 - Erkstraße)

Bürgeramt 3
Blaschkoallee 32, 12359 Berlin
(U-Bhf. Blaschkoallee U7, BUS 170)

Bürgeramt 4
Alt-Buckow 39, 12349 Berlin
(BUS M11 - Buckower Friedhof)

Bürgeramt 5
Zwickauer Damm 52, 12353 Berlin
(BUS 373 - Fleischerstraße)

Öffnungszeiten:
Mo, Mi, Fr 08:00-15:00 Uhr
Di u. Do 11:00-18:00 Uhr

Impressum:
V.i.S.d.P.
Sascha Steuer, MDA
Bürgerbüro
Donaustrasse 100
12043 Berlin

Fotos:
CDU-Fraktion Berlin/ CDU Neukölln

Die nächste „Neuköllner Rundschau kompakt“ erscheint im Februar 2008